



Jugendhilfeausschuss der Stadt Gütersloh  
Ingrid Hollenhorst – Vorsitzende  
- E-Mail -

CDU-Fraktion  
Moltkestr. 56  
33330 Gütersloh  
Tel.: 9170945  
fraktion-rat@cdu-guetersloh.de

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN  
Böttchergasse 4  
33330 Gütersloh  
Tel.: 26533  
fraktion@gruene-guetersloh.de

4. Dezember 2014

Sehr geehrte Frau Hollenhorst,

in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04. Dezember 2014 beantragen die Fraktionen von Bündnis 90 – Die Grünen und CDU zum Tagesordnungspunkt 7 „Neugestaltung der Elternbeiträge in der Stadt Gütersloh für die Tageseinrichtungen für Kinder, die Tagespflege und die Offene Ganztagschule“ den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ändern:

1. Die Entlastung der Beitragszahler umfasst ein Gesamtvolumen von rd. 500.000 €. Eine Refinanzierung der Kindpauschalen durch Elternbeiträge in Höhe von 16% wird als Ziel für das Produkt 5101 in den Haushalt aufgenommen. Sollte dieses Ziel in zwei aufeinanderfolgenden Jahresabschlüssen um mehr als 1 Prozentpunkt verfehlt werden, schlägt die Verwaltung eine Anpassung der Elternbeiträge vor, um das Ziel wieder zu erreichen.
2. Die bisherige lineare Berechnung der Elternbeiträge wird beibehalten. Zur Minderung des Verwaltungsaufwandes erfolgt die Berechnung der monatlichen Elternbeiträge einmalig und auf Grundlage des Vorjahreseinkommens. Erst nachträglich erfolgt eine "Spitz"-Abrechnung, bei der zu viel oder zu wenig gezahlte Beträge erstattet bzw. nachgezahlt werden. Den Beitragszahlern ist die Möglichkeit einer höheren Vorauszahlung einzuräumen, um Nachzahlungen zu vermeiden. Unterjährig erfolgt eine Korrektur des Beitrages nur in Ausnahmefällen (z.B. bei eintretender Arbeitslosigkeit).
4. Die übergreifende Geschwisterbefreiung zwischen der Tagesbetreuung von Kindern und der OGS wird beibehalten. Bei unterschiedlich hohen Beiträgen ist der höchste Beitrag zu zahlen.
6. Die Elternbeiträge und der monatliche Höchstbetrag steigen analog den KiBiz-Kindpauschalen jährlich um 1,5 %. Die Monatsbeiträge sind auf volle Eurobeträge zu runden.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, die geltende Satzung entsprechend des Vorschlages „Alternativmodell – 1. Ergänzungsvorlage“ anzupassen.

Die Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Nils Wittenbrink

Jugendpolitischer Sprecher  
CDU-Fraktion

Gitte Trostmann

Jugendpolitische Sprecherin  
Bündnis 90/Die Grünen